

23 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des
Bundesrates

B e r i c h t
des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 7. Feber 1968,
betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem Bestimmungen
des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 über
Ausnahmegerichte und über die Todesstrafe geändert werden

Mit der vorliegenden Novelle zum Bundes-Verfassungsgesetz
soll die Abschaffung der Todesstrafe in Österreich ohne Ein-
schränkung normiert werden und weiters in Hinkunft verfassungs-
gesetzlich keine Ausnahmegerichtsbarkeit zulässig sein.

Der Ausschuß für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten
hat den gegenständlichen Gesetzesbeschluß des Nationalrates
in seiner Sitzung vom 13. Feber 1968 einer Vorberatung unterzogen
und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, diesen
Gesetzesbeschluß des Nationalrates nicht zu beeinspruchen.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Ausschuß
für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten den Antrag, der
Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 7. Feber
1968, betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem Bestim-
mungen des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929
über Ausnahmegerichte und über die Todesstrafe geändert werden,
wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 13. Feber 1968

G a m s j ä g e r
Berichterstatter

M a y r h a u s e r
Obmann